

AUSSENANSICHT

Impfpflicht ist nicht nötig

DR. MED.
STEFFEN RABE
Kinderarzt



Immer mehr Masernfälle, immer mehr impfmüde Eltern – deshalb braucht Deutschland die Impfpflicht. Nur: Stimmt das überhaupt?

Für Jens Spahn ist es ein Skandal, dass immer mehr Kinder in Deutschland an Masern erkranken und der Grund dafür ist ihm auch klar: Es sind die Impfücken durch die fortschreitende Impfmüdigkeit. Für einen Macher wie ihn gibt es da nur eines: Er will die Masern ausrotten und dafür braucht es die Impfpflicht für KiTa-Kinder. Unterzieht man diese vollmundigen Behauptungen dem heute so modernen Faktencheck, zeigt sich folgendes Bild: Die Masernzahlen in Deutschland schwanken von Jahr zu Jahr stark – es gibt Jahre mit wenig Masern wie 2018 (543 Fälle) oder 2016 (325) und solche mit vielen Fällen wie 2017 (929) oder 2015 (2465). Die Gesamtübersicht der Zahlen seit 2001 zeigt aber eines definitiv nicht: einen Anstieg. Und mehr noch: Seit 2001 ist der Anteil der Erwachsenen an den Masernfällen jedes Jahr gestiegen, seit 2018 sind mehr als die Hälfte aller Masernkranken 18 Jahre und älter. Es erkranken also immer weniger Kinder in Deutschland an Masern.

Und die Impfmüdigkeit? Seit vielen Jahren lassen mehr als 97 Prozent aller Eltern freiwillig ihre Kinder gegen Masern impfen – mehr als in den meisten Nachbarländern, die eine Impfpflicht haben. Bei der zweiten Masernimpfung sind es nicht ganz so viele (93 Prozent); die wird schlicht oft vergessen, ist aber auch gar nicht so wichtig, weil die allermeisten Kinder nach der ersten Masernimpfung jahrelang geschützt sind. Deshalb empfehlen die meisten Nachbarländer diese Impfung auch viel später, oft erst zur Pubertät.

Auch die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung sagt: Die Zahl der Impfgegner in Deutschland nimmt in den letzten Jahren immer mehr ab. Und die Impfücken? Die gibt es – bei den Erwachsenen. Hier liegt die Impfquote unter 40 Prozent: Deshalb erkranken sie mittlerweile auch häufiger als Kinder. Und da soll eine Impfpflicht für KiTa-Kinder helfen? Von den Behauptungen Spahns hält also keine einer Überprüfung stand. Das ist ein Skandal, denn mit diesen fake news begründet er die Einschränkung gleich zweier Grundrechte: das Recht auf körperliche Unversehrtheit und das der Eltern, die Erziehung ihrer Kinder selbst zu bestimmen. Deutschland braucht keine Impfpflicht!

AUTORENINFORMATION

Der Autor ist Kinderarzt in München und Mitbegründer des Vereins „Ärzte für individuelle Impfentscheidung e.V.“

Die Außenansicht gibt die subjektive Meinung des Autors wieder und nicht unbedingt die der Redaktion.



KARIKATUR: MESTER

LEITARTIKEL

Keine Besserung in Sicht

SOZIALDEMOKRATIE Andrea Nahles fehlte der Rückhalt in der eigenen Partei. Nun tritt sie überraschend zurück. Doch das Problem der SPD fing nicht mit Nahles an. Und es wird auch nicht mit ihr enden.

JANA WOLF
Berlin-Korrespondentin



Gerade einmal 13 Monate hat die erste Frau an der Spitze der ältesten Partei Deutschlands es dort ausgehalten. Als Andrea Nahles am Sonntag überraschend ihren Rücktritt sowohl vom Partei- als auch vom Fraktionsvorsitz der SPD ankündigte, ging, so könnte man also sagen, eine Ära zu Ende – wenn auch eine sehr kurze. Doch das Problem der SPD fing weder mit Nahles' Amtszeit an, noch wird es mit ihr enden. Ihr Rücktritt reiht sich ein in eine längere Geschichte sozialdemokratischen Scheiterns.

Nahles übernahm den Vorsitz im April 2018, da steckte die Partei bereits tief in der Krise. Die SPD hatte gerade die 20,5-Prozent-Klatsche der Bundestagswahlen hinter sich (minus 5,2 Prozent im Vergleich zu 2013), und sich unter Qualen in die erneute große Koalition gezwungen. Im Oktober folgten die niederschmetternden Landtagswahlen in Bayern (9,7, minus 11) und Hessen (19,8, minus 10,9). Die 15,8 Prozent bei den Europawahlen, die nun die Debatte um Nahles' Verantwortung für das Debakel auslösten, stehen also nicht allein, sondern sind Teil einer Entwicklung. Schwindende Glaubwürdigkeit, interne Machtkämpfe, schleppende Erneuerung – all das hängt keineswegs nur an einer Personalie. Nahles hat Altlasten ihrer Vorgänger übernommen, und

derer gibt es viele: Ganze neun Vorsitzende haben die Sozialdemokraten allein in dem Zeitraum verschlissen, in dem bei der CDU durchgängig Angela Merkel die Geschäfte führte. Nahles ist es nicht gelungen, das Absacken aufzuhalten. Nun macht sie kurzen Prozess. Ihre plötzliche Rücktrittsankündigung hat auch etwas Trotziges an sich. Als wolle sie ihren internen Gegner zurufen: Dann macht es doch besser!

Gut gemacht hat Nahles selbst es vergangene Woche sicherlich nicht. Am Montag, dem Tag nach den Wahlen, hatte sie bereits angekündigt, die Wahl zum Fraktionsvorsitz vorzuziehen. Nahles wollte so ihre Kontrahenten im schwelenden Machtkampf aus der Deckung zwingen. So weit die Polit-Taktik. Was bei Bürgern und der eigenen Basis aber vor allem ankommt: Die Parteispitze kreist um sich selbst.

Dabei gibt es drängende Probleme: die Klimakrise und die Frage, wie wir Emissionen verringern und zugleich die Energieversorgung sicherstellen können; eine Wohn- und Miet-Misere, die immer mehr

Menschen aus ihrem Umfeld verdrängt; die wachsende soziale Ungleichheit. Die Menschen erwarten konkrete Lösungsansätze und einen politisch gangbaren Weg in die Zukunft. Doch anstatt inhaltliche Defizite aufzuarbeiten, hat die SPD-Spitze wieder eine leidige Personaldebatte entfacht, die Nahles nun zum Eskalieren bringt. Wieder nichts aus der Wahlschlappe gelernt. Die Wählerschaft merkt sich das.

Es bleibt die Frage, wie es weitergeht – in der SPD und mit der großen Koalition. Bislang hat sich noch niemand öffentlich für Nahles' Nachfolge in Stellung gebracht, weder für Partei- noch für Fraktionsvorsitz. Die Rede ist von Olaf Scholz, Achim Post, Manuela Schwesig, Malu Dreyer, Stephan Weil oder Kevin Kühnert. So weit die Spekulationen. Sicher ist jetzt schon, dass ein neuer Name allein das Problem nicht lösen wird. Und sehr wahrscheinlich ist auch, dass der Abwärtstrend der SPD sich bei den Landtagswahlen im Herbst in Brandenburg, Sachsen und Thüringen weiter fortsetzt. Kein leichter Start also für den oder die Neuen an der Parteispitze, und kein Wunder, dass niemand munter vortprescht.

Beim Koalitionspartner macht sich Nervosität breit. Denn Nahles' Rücktritt trifft die CDU zur Unzeit. Sie ist selbst mit der Aufarbeitung der herben Wahlschlappe, mit programmatischen und personellen Fragen beschäftigt. Will man keine weiteren Verluste riskieren, werden weder CDU noch SPD Neuwahlen anstreben. Alle Zeichen stehen also auf ein Weiter-so. Noch ist keine Besserung in Sicht.

„Nahles' Rücktritt reiht sich ein in eine längere Geschichte sozialdemokratischen Scheiterns.“

» NAHLES-RÜCKTRITT: SPD TAUMELT
Die Berichterstattung zum Leitartikel SEITEN 1+5

PRESSESTIMMEN

Märkische Oderzeitung

Die Zeitung aus Frankfurt (Oder) zum Thema „Containern“:
„Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner hält nichts vom Containern. Sie will zwar die Verschwendung von Lebensmitteln eindämmen, setzt aber auf Freiwilligkeit. Bis 2030 sollen die jährlich elf Millionen Tonnen Lebensmittelabfälle um die Hälfte reduziert werden. Die Ideen sind gut, aber eben nicht verpflichtend. Freiwilligkeit wird das Containern nicht eindämmen können.“

RHEIN-NECKAR-ZEITUNG

„Wenn dann dem Dauerstrahlemann Habeck die schlecht gelaunte Nahles gegenübersteht, ist die Wahl gelaufen.“

DIE ZEITUNG AUS HEIDELBERG ZUM WÄHLERVERHALTEN

Badische Zeitung

Die Zeitung aus Freiburg zu staatlichen Förderung für E-Autos:
„Kaufprämien sind ein zweifelhaftes Instrument. Sie laden Händler und Hersteller dazu ein, den Betrag gleich einzupreisen. Wenn man sich schon für eine Kaufprämie für E-Autos entschließt, sollte sie stärker auf preiswerte Wagen zugeschnitten sein. Auch beim Ausbau der Ladeinfrastruktur oder der geplanten Sonderabschreibung für gewerblich genutzte E-Autos tut sich zu wenig.“

WESER-KURIER

Die Zeitung aus Bremen zum Berlin-Besuch des US-Außenministers:
„Europa und Deutschland müssen sich nicht kleiner machen, als sie sind. Wenn Pompeo diffus mit weiteren Sanktionen droht, zeigt er ja nur, dass die USA eben nicht ganz alleine ihre Ziele erreichen können. Merkel hat klargemacht, auf welcher Basis man Lösungen diskutieren kann. Wenn aus dem Weißen Haus gelegentlich ein ausgereiftes Konzept käme, würde das sicher nicht stören.“

Allgemeine Zeitung

Die Zeitung aus Mainz zur Kritik an Annegret Kramp-Karrenbauer:
„Ach, wenn doch nur jemand in Sicht wäre, der Deutschland in der Welt so überzeugend vertreten könnte wie diese Kanzlerin. Natürlich war auch Merkel zu Beginn ihrer Kanzlerschaft nicht die Weltpolitikerin, die auch das Amt aus ihr gemacht hat. Aber ihre designierte Nachfolgerin tut zur Zeit alles dafür, die Zweifel zu nähren, ein gewisses Format je erreichen zu können.“